



# Baden-Württemberg

STAATSMINISTERIUM  
PRESSESTELLE DER LANDESREGIERUNG

19. Mai 2017

## Anlage zur Pressemitteilung Nr. 62/2017

### Statements zum Strategiedialog Automobilwirtschaft

**Thomas Strobl, Stellvertretender Ministerpräsident und Minister für Inneres, Digitalisierung und Migration:** „Die Mobilität der Zukunft steht vor einem grundlegenden Wandel. Das automatisierte Fahren, intelligente Verkehrsleitsysteme oder Car-Sharing-Plattformen – all das bedeutet eine Zeitenwende für die Mobilität, wie wir sie heute kennen. Die Grundlage für diesen großen Transformationsprozess ist die Vernetzung, die vollkommen neue Angebote hervorbringt und unser Mobilitätsverhalten mit neuen Geschäftsmodellen verändert. Um diesen Wandel erfolgreich zu gestalten, brauchen wir ein kluges, effektives Zusammenspiel zwischen Wirtschaft und Politik. Innovation findet in den Unternehmen statt, den rechtlichen Rahmen gestaltet die Politik. Beides aber braucht sich. Das haben wir im Bundesrat gesehen, dort haben wir vor genau einer Woche den Weg für das automatisierte Fahren frei gemacht – und damit den gesetzlichen Rahmen geschaffen, das automatisierte Fahren auch auf deutsche Straßen zu bringen. Ein wichtiger Standortfaktor ist in diesem Zusammenhang auch ein nachhaltiger Infrastrukturausbau. Die Autos von morgen brauchen nicht nur die Bundesautobahn, sondern auch die Datenautobahn. Die Mobilität der Zukunft baut auf Big Data und die funktioniert nur mit einer flächendeckenden, leistungsfähigen und vor allem auch sicheren Infrastruktur.“

**Theresia Bauer, Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kunst:** „Die Transformation der Automobilwirtschaft muss von Baden-Württemberg ausgehen. Wir sind nicht nur ein Automobilstandort sondern auch ein Hochtechnologiestandort. An unseren Hochschulen und Forschungsinstitutionen werden die

technischen Innovationen entwickelt, die wir für die Mobilität der Zukunft brauchen. Automatisiertes Fahren und Elektromobilität werden in Zusammenarbeit mit der Industrie an den Hochschulen massiv vorangetrieben. Mit dem Cyber Valley entsteht zudem ein Leuchtturm im Bereich Künstliche Intelligenz, die als Schlüsseltechnologie für automatisiertes Fahren und für die Weiterentwicklung in der Produktion gilt. Wir brauchen die Investitionen der Wirtschaft und des Landes, um die Forschung in diesen Zukunftsbereichen mit hohem Tempo voranzutreiben.“

**Winfried Hermann, Minister für Verkehr:** „Die Transformation der Automobilindustrie ist durch den Klimawandel und die globalen Rahmenbedingungen getrieben. Wer hier auf die Bremse tritt, schadet der Wirtschaft mehr als er ihr nützt! Die Landesregierung macht sich dafür stark, die Rahmenbedingungen und die Infrastruktur für die Transformation zu einer emissionsfreien Mobilität zu schaffen. Um die Klimaschutzziele von Bund, Land und EU und die Dekarbonisierung im Verkehrssektor zu erreichen, muss sich unser heutiges Verkehrssystem ändern und zu einem Mobilitätssystem werden. Darin wird das Auto einen anderen Stellenwert einnehmen.“

**Dr. Nicole Hoffmeister-Kraut, Ministerin für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau:** „Unsere Autoindustrie steht vor einem enormen Wandel, der uns nur im Schulterschluss zwischen Wirtschaft und Politik gelingen wird. Wir brauchen eine Strategie zur Stärkung des Standorts Baden-Württembergs. Als Wirtschafts- und Arbeitsministerin will ich meinen Beitrag dazu leisten und habe deshalb bereits einen Transformationsbeirat ins Leben gerufen, der sich u.a. mit den Wertschöpfungsketten und damit einhergehenden Risiken, aber auch sich bietenden Beschäftigungspotentialen, sowie mit den Anforderungen an die Qualifikationen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auseinandersetzen wird.“

**Franz Untersteller, Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft:** „Wenn wir den Verkehr elektrifizieren wollen, dann müssen wir in einem parallelen Prozess auch dafür sorgen, dass der Strom für Elektroautos aus erneuerbaren Quellen gewonnen wird. Alles andere wäre aberwitzig. Die Auswirkungen auf die Stromversorgung insgesamt sind dabei eher gering, denn weder werden alle

Autos plötzlich elektrisch fahren, noch wird deren Bedarf die Produktionskapazitäten in Deutschland übersteigen. Eine Million Elektrofahrzeuge bedeuten einen Mehrverbrauch von 0,33 Prozent bundesweit.“

**Dr. Dietrich Birk, Geschäftsführer VDMA Baden-Württemberg:** „Die neuen Komponenten von Hybrid- und Elektrofahrzeugen stellen eine Chance für den Maschinen- und Anlagenbau dar. Besondere Perspektiven sehen die Unternehmen darin, ihr bestehendes Marktfeld mit Hilfe ihres Know-hows z. B. in der Batterieproduktion zu erweitern und sind in Asien und USA bereits erfolgreich am Markt. Dass bisher kein deutsches privates Investment in eine Großserien-Batteriezellproduktion in Sicht ist, bedauert der deutsche Maschinen- und Anlagenbau. Ein heimatmarktnaher Absatzmarkt bietet bessere Chancen zur Hebung von Innovationspotenzialen und für Wissensnetzwerke. Gerade Baden-Württemberg springt als Automobilland Nummer eins für den Aufbau einer solchen Produktion ins Auge. Aber auch die weitere Optimierung des Verbrennungsmotors darf nicht vernachlässigt werden. Nicht alle Antriebsaufgaben, etwa im Schwerlast-, Schiffs- und Luftverkehr, sind über Batterietechnologien lösbar. Dies birgt eine Chance für den Technologieführer Deutschland.“

**Prof. Dr. Willi Diez, Direktor Institut für Automobilwirtschaft (IFA) an der HfWU Nürtingen-Geislingen:** „Das Verkehrssystem der Zukunft wird technologisch auf autonom fahrenden Automobilen basieren. Privater und öffentlicher Verkehr werden zusammenwachsen. Die baden-württembergische Automobilindustrie muss schnell eine eigene digitale Mobilitätsplattform aufbauen und für deren Verbreitung sorgen, damit die Kundenschnittstellen nicht durch andere Anbieter besetzt werden. Dazu bedarf es eines konsequenten Start-Up-Ansatzes in einem eigenen Unternehmen mit Zugang zum Kapitalmarkt.“

**Dr. Frank Mastiaux, Vorstandsvorsitzender EnBW Energie Baden-Württemberg AG:** „Unser Energiesystem muss in der Lage sein, künftig das gleichzeitige Aufladen einer wachsenden und am Ende (hoffentlich...) großen Zahl von Elektrofahrzeugen reibungslos zu ermöglichen. Das heutige Stromnetz ist darauf noch nicht ausgelegt. Deshalb arbeiten wir intensiv an intelligenten Lö-

sungen für eine sichere und zuverlässige Energieinfrastruktur, mit der E-Mobilität selbstverständlich wird.“

**Wolf-Henning Scheider, Vorsitzender der Geschäftsführung und CEO des MAHLE Konzerns:** „Die Zukunft für Fahrzeugantriebe ist weder einfach noch einseitig. Wir sollten das weltweit einzigartige Know-how des Automobilclusters Baden-Württemberg nutzen, um beide Pfade einer nachhaltigen Mobilität zu erschließen: Die Elektromobilität auf Basis regenerativen Stroms und hocheffiziente Verbrennungsmotoren auf Basis alternativer Kraftstoffe. So erreichen wir mehr für den Klimaschutz und den Standort Baden-Württemberg.“

**Dr. Stefan Sommer, Vorstandsvorsitzender ZF Friedrichshafen AG:** „Die ZF Friedrichshafen AG begrüßt die Initiative unseres Ministerpräsidenten und sieht in diesem Dialog eine echte Chance, die Transformation der Industrie in Baden-Württemberg positiv zu gestalten. Unsere Unternehmen sind weltweit führend in der Mechanik. Diese Stärke müssen wir nun mit neuem Know-how aus den Bereichen Software und IT verknüpfen, um mechanische Produkte intelligent zu machen. Dafür braucht es nicht nur adäquate Aus- und Weiterbildungsangebote, sondern auch hochmoderne und leistungsfähige Mobilfunknetze im 5G-Standard, um eine kontinuierliche Vernetzung der Verkehrsteilnehmer sicherzustellen. Denn Sicherheit ist eine Grundvoraussetzung für das autonome Fahren.“

**Roman Zitzelsberger, Bezirksleiter IG-Metall Baden-Württemberg:** „Der Erfolg der hiesigen Automobilindustrie hängt maßgeblich vom Einsatz der rund 230.000 Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ab. Deshalb müssen sie in den anstehenden technologischen Wandel aktiv eingebunden werden. Das beginnt bei der Mitbestimmung im Betrieb und auch die Politik muss auf Beteiligung setzen. Entscheidend bei der Transformation wird sein, dass die Umweltaspekte, die Wirtschaftlichkeit und die Interessen der Beschäftigten gleichrangig berücksichtigt werden.“